

# Stadtpunkte 4|22



## IM FOKUS

Ukraine-Geflüchtete: Land will Bundesmittel weiterreichen

Land soll Städten digitale Sitzungen ermöglichen

Städtetag NRW lädt zum virtuellen Kommunalfestival

Landtagswahl 2022: Städtetag stellt Forderungspapier vor

## AUS DEN STÄDTEN

Essen: Gesundheitskioske bieten Beratung im Stadtteil

## FACHINFORMATIONEN

## KALEIDOSKOP

## GERN GESEHEN

Nabu-Naturschutzhof in Nettetal



Ukraine-Banner am Rathaus Bochum (Fotos: Stadt Bochum)



## Ukraine-Geflüchtete: Land will Bundesmittel weiterreichen

In einer Pressemitteilung hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen am 14. April zugesagt, dass das Land die Bundesbeteiligung an den Flüchtlingskosten von 430 Millionen Euro vollständig an die nordrhein-westfälischen Kommunen weiterleitet.

Dazu sagten Oberbürgermeister Pit Clausen, Vorsitzender des Städtetages NRW, Landrat Thomas Hendele, Präsident des Landkreistags NRW, und Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer, Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW:

„Es ist eine gute Nachricht, dass das Land die verabredeten Bundesmittel für dieses Jahr von rund 430 Millionen Euro schnell und vollständig an die Kommunen weiterreichen will. Gut ist auch, dass das Land hier in

Vorleistung treten will und nicht auf den Bund warten wird. Das schafft Planungssicherheit, zumindest für 2022. Wichtig bleibt die Zusage des Landes, sich darüber hinaus mit eigenen Mitteln zu beteiligen, wenn die Bundespauschalen nicht ausreichen. Denn es geht auch um Vorhaltekosten, Sprachförderung, Kita- und Schulplätze sowie Pflege und Betreuung für Menschen mit Behinderung. Das Land muss dann nachschießen. Und es wird auch über die Kostenerstattung im Jahr 2023 zu reden sein.“

Der Städtetag NRW hatte die vollständige Weitergabe der Bundesmittel in den vergangenen Wochen mehrfach intensiv einfordert, auch gemeinsam mit Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW. In einer gemeinsamen Pressemitteilung der Vorsitzenden der

Kommunalen Spitzenverbände Anfang April hieß es dazu mit Blick auf die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz:

„Die Städte, Kreise und Gemeinden tun alles, um den Geflüchteten aus der Ukraine schnell zu helfen. Die Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss daher gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden. Der Beschluss der MPK sieht feste Pauschalbeträge für die Unterstützung von Ländern und Kommunen vor, insgesamt für NRW knapp 430 Millionen Euro.

Vor Ort wird die Arbeit geleistet, die Geflüchteten unterzubringen und zu versorgen. Allerdings sehen die Kommunen die Gefahr, dass die vom Bund zugesagte Pauschale nicht auskömmlich ist, da diese von der tatsächlichen Zahl der Geflüchteten entkoppelt ist.

Und es geht auch jetzt schon um Integration, Kita- und Schulplätze sowie Pflege und Betreuung für Menschen mit Behinderung. Sollten die Mittel nicht ausreichen, muss das Land sie mit Landesmitteln aufstocken. Wir brauchen eine Finanzierung, die sich dynamisch der realen Entwicklung anpasst. Dabei geht es zum Beispiel um die Refinanzierung der bereits von den Kommunen geleisteten Maßnahmen, wie gesundheitliche Versorgung und organisierte Infrastruktur, die nach dem MPK-Beschluss nicht von den Bundeshilfen gedeckt werden. Auch bei Einmalhilfen sowie



Ukraine-Tafel vor dem Schauspielhaus in Bochum

bei den Kosten für die psychosoziale Betreuung ist das Land gefragt. Hier setzen wir auf das Wort des Ministerpräsidenten.“

Gut ist, dass die Geflüchteten aus der Ukraine ab 1. Juni in die Grundsicherung nach SGB II wechseln. Dies bietet im Hinblick auf Lebenshaltungskosten, Arbeitsmarktintegration, Teilhabe und Gesundheitsversorgung die meisten Vorteile.

Leider gibt es bisher keine dauerhafte und nachhaltige Vereinbarung mit dem Bund über die Finanzierung, die über 2022 hinausreicht. Das schafft Planungsunsicherheit in den Kommunen.“

#### Titelfoto:

#### Universitätscampus im Grünen über der Stadt

Der Adolf-Reichwein-Campus der Universität Siegen ist eines von 139 Projekten, die in diesem Jahr am 18. Juni, dem Tag der Architektur in NRW, besichtigt werden können. Der Gebäudekomplex wurde architektonisch umfassend saniert und soll ein modernes Arbeitsumfeld für Studierende bieten und auch international Lust aufs Forschen in Siegen wecken.

(Foto: HGEsch Photography)

## Land soll Städten digitale Sitzungen ermöglichen

---

Der Städtetag NRW hat das Land aufgefordert, virtuelle Sitzungen von Stadträten und kommunalen Gremien grundsätzlich zu erlauben und nicht auf Ausnahmesituationen zu beschränken.

In der Zeitschrift Kommune 21 forderte der Geschäftsführer des Städtetages, Helmut Dedy, „Städte in NRW wollen Sitzungen von Stadträten und Ausschüssen auch in Zukunft virtuell abhalten können. Das vorliegende Gesetz reicht dafür nicht aus“ und „letztlich muss der Stadtrat vor Ort entscheiden können, wie er tagen will.“

Zur Untermauerung dieser Forderung benannte Dedy mehrere Argumente: „Die Städte haben in den Modellprojekten bewiesen, dass sie digital tagen und entscheiden können“ und „digitale Gremiensitzungen sind zeitgemäß und stärken die kommunale Selbstverwaltung.“ Er wies darauf hin, dass das nicht das Ende von Präsenzsitzungen bedeute. Diese werde es weiterhin geben, auch wenn sich digitale und hybride Formate etablierten. Auch werde sich die Technik weiterentwickeln, um allen praktischen und rechtlichen Anforderungen zu genügen, kommentiert Dedy. Deshalb müsse das Land nun praxisnahe Regeln auf den Weg bringen.

Lesen Sie hier den Artikel von Kommune 21: <https://t1p.de/digitaleGremiensitzungen>



Foto: Laurence Chaperon

**„Städte in NRW wollen Sitzungen von Stadträten und Ausschüssen auch in Zukunft virtuell abhalten können. Das vorliegende Gesetz reicht dafür nicht aus“.**

---

Helmut Dedy  
Geschäftsführer Städtetag NRW

# Städtetag NRW lädt zum virtuellen Kommunalfestival

Lebenswertes Zuhause. Die Städte in NRW. Dies ist das Motto der diesjährigen Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen. Ein lebenswertes Zuhause zu sein, ist der Anspruch der Städte in NRW. Gut wohnen, mobil sein, teilhaben können, sich sicher fühlen. Dies macht für viele Menschen ein gutes Leben aus. In der Gestaltung der Städte stehen deshalb unterschiedliche Themen auf der Agenda.

Der Vielfalt an kommunalen Themen und Aufgaben soll im Vorfeld der Mitgliederversammlung ein besonderer Raum gegeben werden. Dazu veranstaltet der Städtetag NRW vom 23.-25. Mai 2022 ein virtuelles Kommunalfestival. Zur Einstimmung auf die Mitgliederversammlung werden in verschiedenen virtuellen Formaten kommunale Themen diskutiert. Von Nachhaltigkeit und Mobilität über Tourismus und Wirtschaft bis



hin zu Kultur und Finanzen. Das Angebot ist breit gefächert und steht allen Interessierten offen. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Das vollständige Programm sowie die Zugangsdaten zu den verschiedenen Formaten finden Sie unter [www.staedtetag-nrw.de/kommunalfestival2022](http://www.staedtetag-nrw.de/kommunalfestival2022). Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

## Bitte um Teilnahme: Umfrage zu Fundsachenplattformen

Der Städtetag NRW ruft seine Mitgliedstädte auf Bitte des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) zu einer Umfrage auf: Im Bundesland Sachsen nutzen Kommunen bereits als Online-Lösungen so genannte Fundsachenplattformen. Darüber lassen sich Fundanfragen zeit- und kostensparend bearbeiten. Nun soll eine dort bestehende Lösung über einen Rahmenvertrag auch anderen Kommunen angeboten werden. Um einen Überblick über die Anzahl der in NRW interessierten Kommunen zu ermöglichen, möchten wir Sie bitten, an dieser kurzen Umfrage teilzunehmen:

<https://www.surveymonkey.de/r/L6R86LR>

# Landtagswahl 2022: Städtetag stellt Forderungspapier vor

Die Städte in Nordrhein-Westfalen brauchen in unruhiger Weltlage finanzielle Sicherheit, um die wichtigen gesellschaftsrelevanten Aufgaben zu stemmen. Neben der Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter, müssten die Städte auch weiterhin die Folgen der Corona-Pandemie abfedern. Gleichzeitig brauche es bei Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilitätswende, Digitalisierung und Chancengleichheit in der Bildung mehr Tempo. Das betont der Städtetag NRW in einem Forderungspapier zur Landtagswahl.

- Wandel gelingt nur mit resilienten Städten;
- Lebenswertes Zuhause: gut leben in der Stadt;
- Zukunftsfeste Städte nur mit soliden Finanzen.

## Agile und krisenerprobte Städte brauchen finanzielle Sicherheit

Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld, sagte zur Veröffentlichung der Forderungen: „Wir brauchen handlungsfähige Städte. Vor Ort werden die großen Herausforderungen der Welt konkret. Die Städte zeigen sich krisenerprobt und agieren agil. Immer noch haben wir Corona – und zusätzlich sorgen die Städte mit großer Solidarität dafür, dass Menschen, die vor dem schrecklichen Krieg in der Ukraine zu uns geflohen sind, schnell und gut untergebracht, versorgt und integriert werden.“

Die Auswirkungen dieser Krise belasten die Städte in Milliardenhöhe. Wir verlassen uns auf die Zusage des Ministerpräsidenten, die Städte mit den Kosten nicht alleine zu lassen – ‚ohne Wenn und Aber‘. Dass diese Zusage erfüllt wird, muss Grundlage der Arbeit der neuen Landesregierung und des neuen Landtages sein.“

Aktuell zähle vor allem die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge. Hierfür müsse das Land alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Menschen gerecht auf die Kommunen verteilt werden. Wichtig sei auch eine transparente Kommunikation, damit sich Städte auf weitere Flüchtlinge, die bei einem weiteren Verlauf des Krieges wahrscheinlich sind, einstellen können. Außerdem müssten frühzeitig die Weichen gestellt werden für die langfristige Integration der Flüchtlinge. Das werde weitere finanzielle Mittel des Landes erfordern.



In vier Themenkomplexen konkretisiert der Städtetag seine Erwartungen an den neuen Landtag und an die neue Landesregierung:

- Ukraine-Krieg: Geflüchtete willkommen heißen;

## Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe forcieren

Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen, die die Städte schon vor der Pandemie und dem Ukraine-Krieg beschäftigt haben. Dazu sagte der Städtetag-NRW-Vorsitzende Pit Clausen: „Klimaschutz wird in den Städten gemacht. Hier sanieren wir ganze Viertel energetisch, bauen für die die Mobilitätswende, stellen auf nachhaltige Energieversorgung um. Wir müssen nun Fahrt aufnehmen bei diesen Projekten. Das muss die neue Landesregierung auch dem Bund gegenüber vertreten. Wir brauchen ein tragfähiges, rechtlich abgesichertes Finanzierungsprogramm für Klimaschutz und auch für die Anpassung an die Klimafolgen. Und die Energieversorgungsstrategie NRW muss so weiterentwickelt werden, dass wir schneller auf erneuerbare Energien umstellen können. Zum Beispiel muss die Abstandsregelung für Windenergieanlagen zur Wohnbebauung fallen. Wir brauchen mehr Tempo, auch um uns schneller von fossilen Energieträgern und den spekulativen Marktpreisen unabhängig zu machen.“

## Frühkindliche Bildung stärken – Träger und Kommunen entlasten

Hohe Lebensqualität, gleiche Chancen – das wollen die Städte für Ihre Bürgerinnen und Bürger erreichen. Der frühkindlichen Bildung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Der stellvertretende Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen, sagte zu diesem Anspruch: „Das Land setzt die Leitplanken für die Arbeit der Städte. Auch bei dem Ziel, gute Bildungschancen von Anfang an zu schaffen. Hier muss das Land dringend das Kinderbildungsgesetz überarbeiten. Die pädagogischen Fachkräfte müssen entlastet werden und sich vorrangig der pädagogischen Aufgaben der frühkindlichen Bildung widmen können. Deshalb muss

das Land die Stellen der Verwaltungshilfen und Betreuungshilfen refinanzieren. Überhaupt muss die neue Landesregierung auf den Weg bringen, dass die Trägeranteile für die Kitas wegfallen. Frühkindliche Bildung kann nicht zum Billigtarif umgesetzt werden. Deshalb muss das Land diese Anteile übernehmen und auch die Kommunen von ihren Anteilen entlasten.“

## Städte von Altschulden befreien

Immer noch werden die Städte mit immer mehr Aufgaben konfrontiert, gleichzeitig rauben belastende Altschulden den Städten die Luft zum Atmen. Nordrhein-Westfalen ist besonders von dieser Problematik betroffen, deshalb müsse das Land hier klar Flagge zeigen und eine eigene Altschuldenlösung auf den Weg bringen, so der stellvertretende Städtetag-NRW-Vorsitzende Thomas Kufen: „Die Städte fordern die längst überfällige Altschuldenlösung. Denn zukunftsfeste Städte kann es nur mit soliden Finanzen geben. Die betroffenen Haushalte müssen konsequent entschuldet werden.“

Wir erwarten, dass die kommunalen Liquiditätsschulden vom Land abgelöst werden, in Verbindung mit einem abgesicherten dauerhaften Haushaltsausgleich. Die neue Landesregierung darf sich nicht hinter dem Bund verstecken. Sie muss schnell eigene Konzepte entwickeln und die notwendigen Mittel bereitstellen. Andere Bundesländer machen es vor. NRW sollte nun rasch folgen.“

Die vollständigen Erwartungen und Forderungen des Städtetages Nordrhein-Westfalen an Landtag und Landesregierung sind im Internet abrufbar unter [www.staedtetag-nrw.de/2022-forderungen-an-die-landesregierung](http://www.staedtetag-nrw.de/2022-forderungen-an-die-landesregierung)



Gesundheitskiosk in der alten Badeanstalt (Foto: Stadt Essen)



## Essen: Gesundheitskioske bieten Beratung im Stadtteil

Seit 12. April hat im Essener Norden, im Stadtteil Altenessen, ein erster Gesundheitskiosk geöffnet. In den Räumlichkeiten der „Alten Badeanstalt“ finden Menschen aus dem Stadtteil Hilfe und Beratung bei ihren Fragen rund um die Themen Gesundheitsförderung und Prävention. Dazu zählen beispielsweise die Aufklärung über Vorsorgeuntersuchungen für Kinder, Hinweise für Diabetes-Erkrankte oder zu Schwangerschaftsberatungen.

Wesentliches Ziel ist es, den Menschen vor Ort ein ganzheitliches Gesundheitsangebot nach Maß anzubieten damit sich ihre Gesundheitschancen verbessern. Dafür sorgen soll ein Team von vier medizinisch ausgebildeten und mehrsprachigen Mitarbeitenden. Sie fungieren auch als Gesundheitslotsen, indem sie zu medizinischen Behandlungen beraten und zu Selbsthilfegruppen, Hilfeinrichtungen oder psychosozialen Beratungsangeboten vermitteln. Auch zu den Themen Ernährung, Bewegung und Hygiene und darauf ausgerichteten Schulungen und Kursen soll es im Gesundheitskiosk Informationen geben.

Die individuelle Krankenkassenzugehörigkeit ist für die Leistungen und Hilfsangebote unerheblich, ebenso die Frage, ob die Menschen chronisch erkrankt sind oder ob verschieden sozialen Faktoren und Probleme sie belasteten. Auch Menschen mit wenig Kenntnis über das Gesundheitssystem in Essen oder mit Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten sollen mit dem Gesundheitskiosk leichter erreicht werden. Vorbild der Gesundheitskioske in Essen ist ein erfolgreiches Modellprojekt in Hamburg. Dort werden im Stadtteil Billstedt seit einigen Jahren Gesundheitskioske erfolgreich betrieben.

Betreiber der Gesundheitskioske in Essen ist die extra für den Betrieb gegründete „Gesundheit für Essen gGmbH“. Gesellschafter der Managementgesellschaft sind u.a. die Caritas-SkF-Essen gGmbH (cse), das Sport- und Gesundheitszentrum Altenessen e.V. sowie das Ärztenetzwerk Nord-West e.V. Finanziell getragen werden die Gesundheitskioske sowohl von der Stadt Essen als auch von externen Kostenträgern wie der AOK Rheinland/Hamburg. Ein zweiter Gesundheitskiosk ist im Stadtteil Katernberg aktuell im Aufbau.

## 23. ÖV-Symposium NRW in Düsseldorf

Am 24. August 2022 startet unter dem Motto „Digital.Normal – Einblicke in den digitalen Behördenalltag“ das 23. ÖV-Symposium. Inhaltlich geht es im Congress Center Düsseldorf um das Onlinezugangsgesetz und die Folgen, um IT-Sicherheit, Smart Cities, Open Government/Open Data/Open Source und Themen wie ressortspezifische Digitalisierung und Registermodernisierung.

<https://www.oev-symposium.de>



## Landeskinderschutzgesetz NRW tritt in Kraft

Zum 1. Mai 2022 tritt das Landeskinderschutzgesetz NRW überwiegend in Kraft. Die Zielrichtung des Gesetzes wird von den kommunalen Spitzenverbänden grundsätzlich unterstützt. Kritisch bewerten der Städtetag NRW und andere aber, dass ganz überwiegend nur die Jugendämter in die Pflicht genommen werden, dies bei den übrigen für den Kinderschutz relevanten Akteuren aber ausdrücklich nicht der Fall ist. Auf Kritik stößt außerdem die mit dem Gesetz vorgelegte Kostenfolgeabschätzung und den darauf basierenden Belastungsausgleich. Denn tarifliche Personalkostensteigerungen sind nicht berücksichtigt worden. Der Vorstand hat sich zuletzt Anfang Februar 2022 mit dem Gesetz befasst.

<https://www.staedtetag-nrw.de/landeskinderschutzgesetz-nrw>



(Foto: Tobias Fricke)

## Neues Denkmalschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen verabschiedet

Der Landtag hat die lang geplante Novelle des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes (DSchG NRW) verabschiedet. Es tritt zum 1. Juni 2022 in Kraft. Das neue Gesetz ist umstritten – Veränderungen an Denkmälern sollen künftig leichter möglich sein, und öffentliche Belange wie der Einsatz erneuerbarer Energien oder der Wohnungsbau sollen stärker berücksichtigt werden. Neben der Sorge vor dem Verlust von Denkmalsubstanz und damit des kulturellen Erbes sowie vor einer zunehmenden Rechtsunsicherheit rechnet der Städtetag mit einem erheblichen Mehraufwand für die Kommunen. Die Unteren Denkmalbehörden der Städte sollen aber auch mehr Eigenständigkeit erhalten. Dafür hatte sich der Städtetag eingesetzt.

<https://t1p.de/Stellungnahme-NRW-Denkmalschutzgesetz>

<https://t1p.de/NRW-Denkmalschutzgesetz>

<https://t1p.de/Aenderungsantrag-NRW-Denkmalschutzgesetz>



(Foto: Tobias Fricke)



(Foto: Stadt Wuppertal)

## Wuppertal: Stadtverwaltung zieht in Ex-Bundesbahndirektion

Das historische Gebäude der früheren Bundesbahndirektion in Wuppertal-Elberfeld wird zu einem Dienstleistungszentrum von Stadtverwaltung und Jobcenter. Unter anderem sollen dort das Einwohnermeldeamt und das Straßenverkehrsamt einziehen und Bereiche für Kinder, Jugend und Familie. Auch ein Institut für Bildungsforschung der Bergischen Universität ist geplant. Das Großprojekt wird über einen privaten Investor realisiert und das Gebäude langfristig angemietet.

<https://www.wuppertal.de>

## Aachen: Handlungskonzept für bezahlbaren Wohnraum

Mit einem Handlungskonzept Wohnen will die Stadt Aachen mehr bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum besondere für Geringverdienende und junge Familien schaffen. Das Konzept von 210 Seiten soll als strategischer Werkzeugkasten genutzt werden können und Ideen, Anregungen und Handlungsansätze bieten. Es wurde in Begleitung des Lehrstuhls für „Planungstheorie und Stadtentwicklung“ der RWTH Aachen mit Bürgerinnen und Bürgern, Wohnungsmarkt-Expertinnen und der Politik erarbeitet.

<https://t1p.de/Handlungskonzept-Wohnen>



(Foto: Andreas Herrmann/Stadt Aachen)



(Foto: Stadt Duisburg)

## Duisburg: Ruhrgames zurück im Landschaftspark Nord

Europas größtes Sport- und Kulturfestival für Jugendliche kommt zurück in den Landschaftspark Duisburg-Nord. Die Veranstaltung mit tausenden Teilnehmern und über 100.000 Zuschauenden startet dort im Juni 2023. Bei den Ruhr Games, die alle zwei Jahre stattfinden, kämpfen Top-Nachwuchstaleute aus Deutschland und Europa in Trendsportarten und olympischen Sportarten um Medaillen und Titel. Auch verschiedene Europameisterschaften und Deutsche Meisterschaften werden im Rahmen des Festivals ausgetragen.

[www.ruhrgames.de](http://www.ruhrgames.de)



(Fotos: Stadt Nettetal)

## Nabu-Naturschutzhof in Nettetal

---

Der Nabu-Naturschutzhof in Nettetal liegt im Naturpark Schwalm-Nette. Er ist Anziehungspunkt für Jung und Alt am ganzen Niederrhein. Auf rund zwei Hektar kann man unterschiedlichste Biotope von der Wildblumenwiese, über das Leben im Teich bis zum Lebensturm entdecken. Es summt, brummt und duftet, sodass man mit allen Sinnen genießen kann. Seit 1985 ist hier ein Ort entstanden, der für die Gartengestaltung inspiriert und biologische Vielfalt bewahrt. Das Landcafé Stemmeshof gleich nebenan lädt mit niederrheinischen Spezialitäten zur Einkehr ein. Für die Bewegung danach bietet

sich eine Runde um den De Wittsee an. Von der Kanzel am Rohrdommelprojekt lässt sich das Leben an einem See mit unterschiedlichsten Wasservögeln bestens beobachten. Die Wanderwege in der Umgebung sind für jede Ausdauer attraktiv. Und wenn man wieder am Naturschutzhof ankommt, bietet der kleine Laden der Ehrenamtlichen vom Honig bis zum Apfelsaft von der eigenen Streuobstwiese einiges zur Stärkung für zuhause an.

Christian Küsters  
Bürgermeister  
aus Nettetal



Herausgeber:  
Städtetag Nordrhein-Westfalen  
Gereonstraße 18–32  
50670 Köln  
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag-nrw.de](mailto:post@staedtetag-nrw.de)  
Internet: [www.staedtetag-nrw.de](http://www.staedtetag-nrw.de)  
Twitter: [@staedtetag\\_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-  
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein,  
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann  
Gestaltung: Anna-Maria Roch  
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,  
Hürth

ISSN: 2748-9752  
Köln, Mai 2022